

Prozess um Totschlag fortgesetzt

CUXHAVEN/STADE. Der Prozess um den gewaltsamen Tod einer 50 Jahre alten Frau in Cuxhaven wird weiter fortgesetzt. Ursprünglich sollte am Mittwoch vor dem Landgericht Stade das unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelte Sicherungsverfahren gegen den Ehemann beendet werden.

Montag geht's weiter

Der Prozess werde am kommenden Montag fortgesetzt, sagte die Sprecherin des Landgerichts, Petra Baars. Möglicherweise werde dann die Beweisaufnahme geschlossen. Zur Urteilsverkündung werde die Öffentlichkeit zugelassen.

Der zur Tatzeit 53 Jahre alte Mann hat zugegeben, seine Frau Anfang Juni in der gemeinsamen Wohnung in Cuxhaven erwürgt zu haben. Der Mann hatte nach der Tat die Polizei angerufen und erklärt, er habe seine Frau getötet.

In dem Sicherungsverfahren geht es im Wesentlichen darum, über die Schuldfähigkeit des psychisch kranken Angeklagten zu entscheiden. Er sitzt seit der Tat in der geschlossenen Psychiatrie. (dpa/lni)

POLIZEI

Außenspiegel traf Fußgänger

CUXHAVEN. Ein 72-jähriger Cuxhavener wollte am Dienstag gegen 17.15 Uhr mit seinem Hund die Südersteinstraße überqueren. Hierzu nutzte er die Querungshilfe in Höhe der Einmündung Vorwerk. Ein 25-jähriger Nissan-Fahrer übersah den Mann, als dieser beinahe die andere Straßenseite erreicht hatte, und erfasste ihn noch mit dem rechten Außenspiegel seines Wagens. Der Fußgänger kam zu Fall und zog sich dabei leichte Verletzungen zu. Dem Hund passierte nach Polizeikennntnis nichts. Der Sachschaden blieb mit etwa 200 Euro relativ gering. (rtw)

10 000 Euro Schaden

CUXHAVEN. Dienstag gegen 15.10 Uhr befuh eine 48-jährige BMW-Fahrerin den Kreuzweg. Beim Überqueren des Heinrich-Grube-Weges missachtete sie wohl aus Unachtsamkeit die Vorfahrt eines 70-jährigen Citroën-Fahrers, der auf dem Heinrich-Grube-Weg in Richtung Haydnstraße unterwegs war. Es kam zum Zusammenstoß, bei dem hoher Sachschaden entstand, den die Polizei auf etwa 10 000 Euro schätzte. Verletzt wurde nach Kenntnis der Beamten niemand. (red)

Zwei Frauen bei Unfall verletzt

DORFHAGEN. Am Dienstag gegen 17.20 Uhr scheppte es kräftig in der Gemarkung Dorfhagen. Dort bog ein mit zwei Frauen (58 und 43 Jahre alt) besetzter Pkw in die Alstedter Straße in Richtung Alstedt ab. Nach rund 250 Metern kollidierte der Wagen mit einer entgegenkommenden landwirtschaftlichen Zugmaschine, die vermutlich bei dem Versuch auszuweichen, gegen einen Baum fuhr. Der Fahrer der Zugmaschine (22) und die 38-jährige Autofahrerin wurden leicht verletzt. Bei der Kollision wurden beide Fronträder der Zugmaschine abgerissen. Der Sachschaden beträgt etwa 10 000 Euro. Es traten größere Mengen Treib- und Betriebsstoffe aus, die zum Teil ins Erdreich gelangten. Es war ein mehrstündiger Feuerweh- und Bergungseinsatz erforderlich, auch um den belasteten Boden auszutauschen. (red)



Kinder gestalten die Adventszeit
Kinder der evangelischen Kindertagesstätte und der Schulkindbetreuung gestalten in der Altenwalder Kreuzkirche gemeinsam mit Diakonin Silke Marx einen Familiengottesdienst. Einige trugen Adventslieder vor, andere spielten Theater. Die Schulkinder erzählten die Geschichte von der Entstehung des Adventskranzes von Johann Hinrich Wichern. Zum Abschluss trugen Kinder die Fürbitten vor und überreichten den Besuchern gegen dunkle Tage ein helles Licht. Foto: red

„Endlich mehr Gerechtigkeit beim Studium“

CUXHAVEN. Als „schönsten Moment, seit ich im Landtag bin“, beschreibt der örtliche Landtagsabgeordnete Uwe Santjer den Moment, als während der Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtags am Dienstag über die Abschaffung der Studiengebühren abgestimmt wurde. „Als ich die gehobenen Hände in unseren Reihen sah, wusste ich, die Zeiten der Ungerechtigkeiten beim Studium sind endlich vorbei.“ Mit der knappen Mehrheit von Rot-Grün wurden, gegen die Stimmen der CDU und der FDP, die Studiengebühren für das Erststudium in Niedersachsen ab dem Wintersemester 2014/2015 abgeschafft.

Mittel kompensieren

„Wir haben damit eines unserer zentralen Wahlkampfversprechen gehalten“, so Santjer, der betont, dass die Universitäten und Hochschulen nicht auf die ausfallenden Mittel verzichten müssten. „Die ausfallenden Mittel werden in vollem Umfang durch die sogenannten Studienqualitätsmittel kompensiert“, verspricht der Bildungspolitiker.

Mit diesem Beschluss hat nun auch das letzte Bundesland die Studiengebühren wieder abgeschafft. „Das Projekt Studiengebühren ist in Deutschland gescheitert“, fasst Santjer die Situation zusammen.

Mit der Abschaffung der Gebühren fürs Erststudium sieht der Landtagsabgeordnete die Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich gestärkt. „Nur wenn nicht der Geldbeutel der Eltern, sondern der Wille zum Lernen über ein Studium entscheidet, kann es Bildungsgerechtigkeit geben.“ Er sei stolz, so Santjer, bei diesem Schritt dabei gewesen zu sein.

Auch für die Region sei die Abschaffung der Studiengebühren ein wichtiger und richtiger Schritt. „Das bietet eine tolle Perspektive für die Abiturienten im Landkreis Cuxhaven und einen Gewinn für Familien“, ist sich der Cuxhavener sicher. Die Haushaltsberatungen werden heute fortgesetzt. Dabei geht es auch um die Mehrarbeit für Gymnasiallehrer (Berichte auf dieser Seite). (red)

Neiddebatte nicht zulassen

Gymnasiallehrer: Es geht um mehr als nur um eine Stunde Mehrarbeit / Verdeckte Erhöhungen seit Jahren

VON MAREN REESE-WINNE

CUXHAVEN. 24,5 statt 23,5 Stunden – das hört sich auf dem Papier nicht viel an. Eine Stunde mehr sollen Gymnasiallehrer nach den Plänen der Landesregierung ab dem kommenden Schuljahr unterrichten. Die Regierung hat damit massiven Protest ausgelöst. Personalratsmitglieder des Lichtenberg- und des Amanud-Abendroth-Gymnasiums erklärten in einem Gespräch mit unserer Zeitung stellvertretend für ihre Kollegen ihre Position.

Karin Elle vom Lichtenberg-Gymnasium ist enttäuscht über die mangelnde Wertschätzung für die – eigentlich bekannte – wahre Arbeitsbelastung der Gymnasiallehrkräfte: „Bei durchschnittlich 45 bis 50 Stunden Wochenarbeitszeit bedeutet eine Stunde auf dem Papier mindestens zwei Stunden mehr.“

Für ältere Kollegen, die aufgrund ihres Alters eigentlich bald weniger hätten unterrichten sollen, falle diese Entwicklung noch deutlicher aus.

Dabei hätten die Lehrer bereits über Jahre versteckte Erhöhungen

verkräften müssen: „Jede Schule muss eigene Lehrpläne schreiben, die Schulpromotion begleiten, es gibt immer mehr Zusatzaufgaben, Formale, Berichte“, erklären Karin Elle und ihre Kollegen Kristina Engler und Jens Kaufmann vom Amanud-Abendroth-Gymnasium.

Das Zentralabitur verlange ständig neue Vorbereitungen auf ganz und gar neue Themen und Aufgabentypen. Schon das fünfte Prüfungsfach in der Abiturprüfung habe die Arbeitsbelastung erhöht. Zudem seien Klassen gewachsen und die Schülerschaft habe sich verändert – nicht erst seit der Inklusion.

Alle Gruppen betroffen

Enttäuscht sind die Lehrkräfte zudem von einer „schwelenden Neiddebatte“. „Es wird versucht, einen Keil zwischen Lehrkräfte der verschiedenen Schulformen zu treiben, obwohl gerade das weitere Aussetzen der Altersermäßigung (weniger Unterrichtsstunden in höherem Alter, d. Red.) alle Lehrkräfte betrifft“, sagt Jens Kaufmann.

Der Ausmaß des aktuellen Protestes habe jedoch eine große Solidarität zutage gefördert – auch, weil Kollegen befürchteten, dass „das erst der Anfang sei“.

Bei Vergleich mit den Unterrichtsverpflichtungen für Gymnasiallehrkräfte in anderen Bundesländern werden eine Reihe von dort geltenden Ausgleichsmaßnahmen nicht berücksichtigt. Dort gälten zum Beispiel andere Arbeitszeit- oder Entlastungsstundenmodelle beispielsweise für Lehrkräfte in der Oberstufe.

„Wir machen alle unsere Arbeit gern“, unterstreicht Karin Elle, „und erhalten für unser Engagement und unsere Begeisterung so wenig positives Feedback von unserem Dienstgeber. Wir wünschen uns mehr Wertschätzung dort und in der Öffentlichkeit.“

Das Signal zahlreicher Lehrkräfte im ganzen Land, nun auf die „freiwillige Leistung“ Klassenfahrten zu verzichten, markiere keineswegs eine Schmolllandhandlung, unterstreicht die Abordnung: „Das ist das einzige Zeichen, das wir setzen können. Wenn wir keine Zeit haben, wirkt

sich das auf den Unterricht aus, vor allem auf ruhige Schüler. Dann muss man eher auf eine Klassenfahrt verzichten.“ Diese Geste falle den meisten keineswegs leicht.

Mitwirkende anhören

Nicht gut angekommen sei der Stil, in dem die Kultusministerin Frauke Heiligenstadt die Pläne mit dem Hinweis, diese Maßnahme sei „vertretbar“, bekannt gegeben habe, ohne vorher den Dialog mit den Betroffenen zu suchen oder Differenzierungen zuzulassen. Ergebnis sei nun der flächendeckende Protest, der auch durch Eltern und Schüler getragen sei. „Unter Bildungsoffensive verstehen wir, dass die Leute, die Bildung machen, mit einbezogen und gehört werden.“

Der lokale Landtagsabgeordnete Uwe Santjer habe zwar in einer Veranstaltung im AAG die Position der Landesregierung vertreten, der Dialog sei aber fair und sachlich gewesen. Von sich aus habe er danach ein weiteres Gespräch mit Vertretern der Lehrerschaft angeboten.

CDU: Maßnahmen gehen zulasten der Lehrkräfte

„Protestwelle spricht eindeutige Sprache“ / Landesregierung sollte sich mit tatsächlicher Lehrerarbeitszeit befassen

KREIS CUXHAVEN. Der CDU-Landesvorsitzende David McAllister hat sich jetzt in die Debatte um die Schulpolitik von SPD und Grünen eingeschaltet. Er übt heftige Kritik an der „Starrhalsigkeit“ der rot-grünen Landesregierung im Hinblick auf die geplante Mehrbelastung der niedersächsischen Lehrer. „Die in dieser Form einmalige Protestwelle, die in den vergangenen Wochen und Monaten durch das Land gegangen ist, spricht eine eindeutige Sprache: Niemand will die Maßnahmen, außer der Landesregierung selbst“, sagte McAllister in Bad Bederkesa.

Im Rahmen ihrer Haushaltsklausur im Juli dieses Jahres hatte die rot-grüne Landesregierung angekündigt, die Unterrichtsverpflichtung der Gymnasiallehrer

um eine Stunde erhöhen zu wollen. Zudem soll die Altersermäßigung für alle Lehrer ab dem 55. Lebensjahr ausgesetzt werden. Eltern und Schüler befürchten deshalb, dass unter der Mehrbelastung auch die Bildungsqualität massiv leiden wird. „Dass nach Mehrbelastung der niedersächsischen Lehrer in Niedersachsen auf die Straße gehen und demonstrieren, sollte SPD und Grünen zu denken geben“, meint David McAllister.

„Lehrerinnen und Lehrer haben in der individuellen Bildungskarriere der Kinder und Jugendlichen eine Schlüsselrolle. Eine gute Bildung lebt von hohen fachlichen Leistungsstandards und von motivierten Lehrkräften in den Schulen. Dies muss auch zukünftig so bleiben“, so der Landtagsabgeordnete.

Im August waren nach seinen Angaben rund 10 000 Lehrer aller Schulformen auf die Straße gegangen und hatten gegen die Pläne der rot-grünen Landesregierung in Hannover demonstriert.

Die CDU-Landtagsfraktion habe die Landesregierung frühzeitig aufgefordert, mit offenen Karten zu spielen. Das sei jedoch leider nicht geschehen.

Bild der Realität schaffen

Im August habe die CDU-Landtagsfraktion einen Antrag „So nicht, Rot-Grün! – Engagement und Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer in Niedersachsen schützen“ eingebracht und die Landesregierung aufgefordert, sich mit der tatsächlichen Lehrerarbeitszeit und nicht ausschließlich mit der reinen Unterrichtsverpflichtung auseinanderzusetzen. Dazu sei es wichtig, eine aktuelle Erhebung in Auftrag zu geben. Nur so könne vollständig und empirisch abgebildet werden, was Lehrerinnen und Lehrer jeden Tag leisteten. Zudem hat die CDU gefordert, die angekündigten Maßnahmen zur Lehrerarbeitszeit nicht umzusetzen.

„Die Lehrkräfte fühlen sich von Rot-Grün verraten. Die Entlastung für ältere Lehrer war ihnen lange zugesichert – jetzt wird sie einfach ausgesetzt, um eine sogenannte Zukunftsoffensive Bildung zu finanzieren, die SPD und Grüne im Wahlkampf vollmundig angekündigt haben. Die betroffenen Lehrer haben den Versprechungen von Kultusministerin Heiligenstadt geglaubt. Sie sind nun bitter enttäuscht worden“,

kritisiert David McAllister. Der CDU-Landesvorsitzende fordert die Landesregierung auf, den Widerstand von Lehrern, Eltern und Schülern ernst zu nehmen und ihre Entscheidung zu korrigieren. Es sei noch nicht zu spät. Während der Haushaltsberatungen im Landtag in dieser Woche hätte Rot-Grün noch eine letzte Chance einzusehen, dass sie auf dem Holzweg seien. „Wir werden als CDU-Fraktion finanzierbare Änderungsvorschläge in die Beratungen einbringen und eine namentliche Abstimmung der einzelnen Haushaltspositionen unterstützen. So können die Betroffenen erfahren, welche Abgeordneten die Maßnahmen der Landesregierung auch persönlich unterstützen und welche nicht“, so David McAllister. (red)

Nach dem Sturm: Dachdecker haben Hochkonjunktur

Ortsansässige Fachbetriebe melden: „Wir sind ausgelastet“ / Notfälle hatten in den vergangenen Tagen Vorrang

CUXHAVEN. Sturm „Xaver“ hat überall im Stadtgebiet Schäden hinterlassen; den örtlichen Handwerkern beschert das Orkanstille vollere Auftragsbücher. „Die Dachdecker sind komplett ausgebucht“, berichtet Yana Arbeiter, Geschäftsführerin der Kreishandwerkerschaft Cuxhaven – Land Handeln. Das Auftragsvolumen zwingt die Betriebe dazu, Prioritäten zu setzen: „Sie stürzen sich natürlich zunächst auf die tatsächlichen Notfälle“. Arbeiter bittet in diesem Zusammenhang um das Verständnis der übrigen Kunden: Wo Beschädigungen nicht

augenblickliche Maßnahmen erfordern, müssen sich die Kunden ein wenig gedulden.

„Alles kann nicht sofort gemacht werden“, betont auch Andreas Noll von der Dachdeckerfirma Sowade: Seine Kollegen waren Ende letzter Woche vor allem damit beschäftigt, Dächer notdürftig abzudecken und Ziegel zu sichern, die sich durch die Orkanböen gelöst hatten. Die Kette von Schadensmeldungen, die das Unternehmen seit dem vergangenen Donnerstag erreicht, reißt nicht ab: „Es kommen immer noch Aufträge rein“, sagt

Noll, „wir können uns nicht beklagen“. Dabei hatten die örtlichen Handwerksbetriebe erst ein paar Wochen zuvor sturmbedingt Hochkonjunktur verzeichnen können: Tief „Christian“ forderte am 28. Oktober ebenfalls einen Tribut und ließ nicht nur im Baumgewerbe, sondern auch bei Versicherern die Telefone heiß laufen.

Gezahlt wird ab Stärke acht

Dass der Papierkram bei der Schadensregulierung die Wartezeiten auf Reparaturen unnötig in die Länge zieht, wollen nicht alle bestätigen: „Der Kunde meldet

den Schaden seiner Versicherung, und die gibt dann die Freigabe“, beschreibt Marc Gerdes von der gleichnamigen Dachdeckerfirma aus seiner Sicht unproblematische Prozedur. Wie Gerdes berichtet, zeigen sich Versicherer zumindest bei Bagatellsachen kulant: Für ein paar herabgefallene Dachziegel schicken sie keinen Gutachter, weswegen davon auszugehen sei, „bei Schäden im 500 Euro-Bereich nicht extra eine Freigabe erforderlich“ sei.

Wichtig ist dennoch, die Versicherung zeitnah zu kontaktieren. In der Regel können die Versiche-

rungsnehmer mit einer Kostenübernahme rechnen – das hatten die Verbraucherschützer schon nach Sturm „Christian“ mitgeteilt. Sturschäden ab Windstärke acht seien über die Grunddeckung der jeweiligen Hausratversicherung abgesichert, teilte seinerzeit der Versicherungsexperte bei der niedersächsischen Verbraucherzentrale, Andreas Gernit mit. Gernit warnte aber vor möglichen Überrechnungen bei den Wohngebäudeversicherungen: Dort könnten einzelne Risiken in der Police definiert, andere hingegen ausgeschlossen worden sein. (kop)

